

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/148

5. August 1977

Die Steuerpolitik vor neuen Entscheidungen

-----  
Zeitpunkt künftiger Steuersenkungen noch offen

Von Rolf Böhme MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Steuerpolitik

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Nichts als alte Hürte

-----  
Anmerkungen zu den CDU-Überlegungen zur Ausländerpolitik

Von Hans Urbaniak MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer"  
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 38 Zeilen

Die Direktwahl des Europäischen Parlaments

-----  
Ein Weg zur Demokratisierung Europas - Eine historische  
Darstellung

Von Walter Böhm

Stellvertretender Generalsekretär beim "Deutschen Rat der  
Europäischen Bewegung"

Seite 4 und 5 / 65 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 400  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 50 36/39  
Telefax: 08 28 545-46 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

## Die Steuerpolitik vor neuen Entscheidungen

-----

### Zeitpunkt künftiger Steuersenkungen noch offen

Von Rolf Böhme MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Steuerpolitik

Unmittelbar nach Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes 1977 hat Bundesfinanzminister Apel angekündigt, die Lohn- und Einkommensteuer Anfang 1980 zu senken. Seine Forderung nach einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ist berechtigt. Allerdings ist der angekündigte Zeitpunkt zum 1. Januar 1980 kein Dogma. In den Beratungen der Koalitionsfraktionen nach der Sommerpause wird zu prüfen sein, zu welchem Zeitpunkt die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer endgültig erfolgen kann. In diese Prüfung sind die konjunktur-, verteilungs-, sozial- und haushaltspolitischen Fragen einzubeziehen, die bei einer nachhaltigen Senkung der Lohn- und Einkommensteuer entstehen.

Eine Richtschnur der Entscheidung muß die Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand auf allen Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - sein. Der Staat muß in der Lage bleiben, weitere Konjunkturspritzen zu geben und Beschäftigungsprogramme zu finanzieren; denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Wirtschaft allein die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht überwinden kann. Die Erreichung der Vollbeschäftigung und hier vor allem der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sind zur Meßlatte einer erfolgreichen sozialen Politik schlechthin geworden.

Gleichzeitig ist die Steuerprogression zu mildern und gerechter zu gestalten. Die beim Steueränderungsgesetz 1977 zurückgestellte Einführung eines durchgehenden Progressionstarifs mit Entlastungen im unteren und mittleren Bereich wird ein Schwerpunkt der steuerpolitischen Beratungen sein müssen. Dasselbe gilt für die Anpassung des Weihnachtsfreibetrages, der seit seiner Einführung unverändert blieb, obwohl die Sonderzahlungen, wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld, in der Lohn- und Tarifpolitik eine besondere und zunehmend gewichtigere Rolle spielen.

Die Lasten gerecht zu verteilen, bleibt die weitere Aufgabe der Steuerpolitik, um zusätzliches Volumen für die Lohnsteuersenkung zu erhalten. Mit Nachdruck sind in diesem Zusammenhang steuerpolitische Forderungen der SPD, die bereits früher erhoben worden sind, unter den gewandelten Bedingungen erneut zu prüfen. Dazu gehören unter anderem:

- Änderung des Systems bei den Sonderausgaben durch Abzug von der Steuer-schuld oder wenigstens Kappung des Steuervorteils bei einem bestimmten Steuerprozentsatz. Eine Kappung des Steuervorteils ist auch beim Ehegatten-Splitting möglich und zu prüfen. Der Steuerparteitag der SPD hat in dieser Richtung bereits einen Beschluß gefaßt. Durch eine derartige steuerpolitische Maßnahme werden zusätzliche Mittel frei zur Anhebung der Sonderausgabenhöchstbeträge.
- Verzinsung von Steuerschulden bzw. Steuererstattungen, zeitnähere Ver-anlagung der Gewinnsteuern, Abbau von Steuerrückständen.

In einer Zeit zunehmender Progressionsbesteuerung der Arbeitnehmer, die an jedem Monatsende ihre Steuern abgezogen erhalten, werden sowohl die

zeitlichen Verzögerungen bei der Veranlagung von Einkommensteuerpflichtigen als auch die hohen Steuerrückstände, die zinslos den Steuerpflichtigen zur Verfügung stehen, zu einem besonderen Gerechtigkeitsproblem.

- Abbau von ungerechtfertigten Steuersubventionen z.B. in der Landwirtschaft oder bei § 6 b Einkommensteuergesetz.
- Bessere Abstimmung zwischen steuerlicher Last einerseits, staatlichen Leistungen (z.B. Wohngeld, Bafög, Sparprämien) andererseits. Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen Transferleistungen des Staates und steuerlichen Lasten. Die von der Bundesregierung eingesetzte Transferkommission hat hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Bei jedem neuen Steuerentlastungspaket muß der Abbau der Steuerprogression für Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen. Die Vermögensbesitzer und Unternehmer als Kapitaleigentümer sind durch die Körperschaftssteuerreform und auch vor allem durch die Senkung der Vermögensteuer gut weggekommen. Die erhofften Auswirkungen auf die Konjunktur, Investitionsbereitschaft und die Beschäftigungssituation sind allerdings bisher nicht so eingetreten, wie die jetzigen Befürworter von zusätzlichen steuerlichen Entlastungen für die Wirtschaft glauben wollen. Dieses Spekulieren um zusätzliche Sonderabschreibungen ist im übrigen verhängnisvoll, weil dadurch ein Attentismus herbeigeredet wird, der das Gegenteil dessen bewirkt, was erwünscht ist. Deshalb muß die Bundesregierung möglichst schnell diese Debatte beenden.

Bei jeder künftigen steuerlichen Entlastung für die Wirtschaft müssen im übrigen die verteilungspolitischen Auswirkungen bedacht und ausgeglichen werden. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erhält angesichts der derzeitigen Gliederung des Steueraufkommens und der sattem bekannten Vermögenskonzentration ein besonderes Gewicht. Es muß erreicht werden, daß künftige Vermögenszuwächse, welche aus Steuervergünstigungen entstehen, nicht einseitig wenigen Kapitaleignern zufließen, sondern breit gestreut werden und zu einem guten Teil in Arbeitnehmerhand übergehen.

Bundesfinanzminister Apel hat das Verdienst, durch seine Vorschläge die steuerpolitische Debatte in Gang gebracht zu haben. Jetzt kommt es darauf an, in der öffentlichen Diskussion das breite Spektrum der Probleme deutlich zu machen, die bei einer nachhaltigen Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer entstehen. Die SPD wird sich mit ihren Positionen dieser Diskussion stellen.

(-/5.8.1977/vo-he/qas)

+ + +

Nichts als alte Hüte  
-----

Anmerkungen zu den CDU-Überlegungen zur Ausländerpolitik

Von Hans Urbanik MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer"  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die CDU wollte wohl mit ihrem "Konzept" zur Ausländerpolitik die Sommerpause und die damit verbundene Saure-Curken-Zeit ausnutzen. Anders ist es nicht zu erklären, daß ein solches Papier vorgelegt worden ist. Wer hier auf neue Vorschläge oder gar ein umfassendes Konzept gehofft hat, sieht sich wieder einmal enttäuscht: Das Papier enthält nichts als alte Hüte.

Die als neue Kenntnisse verbreiteten Vorschläge werden von der Bundesregierung schon seit Jahren praktiziert. Zur Verbesserung noch vorhandener Mängel beschäftigte sich ebenso lange die Bund-Länder-Kommission, die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung einberufen worden war. In dem von dieser Kommission im Frühjahr vorgelegten Abschlußbericht wird u.a. festgestellt, daß der Anwerbestopp uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben soll. Ebenso ist die stufenweise Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vorgesehen. Der Stichtag zur Erteilung der Arbeits-erlaubnis für jugendliche ausländische Arbeitnehmer ist vom 30. November 1974 auf den 31. Dezember 1976 verlegt worden. Die Sperre des Zuzugs in überbelastete Siedlungsgebiete ist aufgehoben worden. Für ausländische Schulkinder wird in Zukunft verstärkte Hilfe bei dem Erlernen der Muttersprache und der des Gastlandes erteilt. Die Aufzählung der Maßnahmen läßt sich beliebig fortsetzen, und das Bundesarbeitsministerium fördert allein soziale Eingliederungsmaßnahmen dieser Art mit 30 Millionen DM im Jahr.

Es ist kaum anzunehmen, daß den Verfassern des CDU-Papiers diese Tatsachen neu sind. So zwingt sich einem der Eindruck auf, daß hier schlicht und einfach abgeschrieben wurde. Beachtenswert ist die Erklärung, die Zwangsrotation sei mit dem von der CDU vertretenen Menschenbild unvereinbar. Vor zwei Jahren hörte sich das noch anders an. Da waren ausschließlich CDU/CSU-regierte Länder, nämlich Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Bayern, die die Zwangsrotation und Rückkehrprämien als probates Mittel sahen, den Ausländern ein Fußfassen in der Bundesrepublik Deutschland zu versperren. Dagegen hat sich die Bundesregierung mit Erfolg immer wieder zur Wehr gesetzt.

Die Erklärung, die Bundesregierung hätte kein Konzept zur Ausländerpolitik, gehört wohl in das Reich der Fabeln. Vor zwei Jahren schon hat die SPD durch eine Kommission ein solches Papier erarbeiten lassen, das danach vom Parteitag verabschiedet worden ist und Eingang in die Regierungspolitik gefunden hat. Der beste Beweis für die Existenz eines solchen Konzeptes ist das vorgelegte CDU-Papier. Hier finden sich alle Maßnahmen und Forderungen der Regierung wieder.

Es wurde erneut ein trauriger Beweis dafür geliefert, daß die CDU nicht in der Lage ist, neue Ideen einzubringen, geschweige denn Alternativen zur Politik der Bundesregierung zu erarbeiten.  
(-/5.8.1977/vo-he/ja)

+ + +

## Die Direktwahl des Europäischen Parlaments

---

Ein Weg zur Demokratisierung Europas - Eine historische Darstellung

Von Walter Böhm

Stellvertretender Generalsekretär beim  
"Deutschen Rat der Europäischen Bewegung"

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat am 20. September 1976 die Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen zum Europäischen Parlament beschlossen. Das ist ein historisches Ereignis in der Geschichte der europäischen Einigungsbestrebungen. Jahrelange und schwierige Verhandlungen waren dem vorausgegangen, ehe die schon im Jahre 1951 bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) geforderte Direktwahl europäischer Abgeordneter endgültig beschlossen werden konnte.

Bisher gab es nur verschiedene - teils verbindliche, teils unverbindliche - Erklärungen der Regierungschefs bzw. Deklarationen des Europäischen Rates zur Direktwahl, doch es fehlte die völkerrechtlich verbindliche Absprache über die Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament.

Für Bürger, die sich für die Einigung Europas nach demokratischen Grundsätzen einsetzen, war die Zeit zu lang, der Weg zu holprig. Demonstrationen an den Grenzen und in den Hauptstädten der Mitgliedsländer zeigten immer wieder die Ungeduld der Europäer. Die Europäische Bewegung, die europäische Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien erinnerten auf nationalen und internationalen Kongressen und Konferenzen die Staatsmänner an ihre Versprechungen zur Direktwahl.

Die Verträge von Rom zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) im Jahre 1957 verpflichteten das Europäische Parlament, "Entwürfe für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedsstaaten" vorzulegen. Daraufhin

sollte der EG-Ministerrat " einstimmig die entsprechenden Bestimmungen" erlassen. Das Europäische Parlament setzte sofort eine Arbeitsgruppe ein und verabschiedete 1960 den Entwurf eines Abkommens und übermittelte ihn dem Ministerrat. Doch der ließ sich Zeit, wertvolle Zeit ging verloren.

Im Februar 1961 trafen sich zu einem ersten Gipfeltreffen die Staats- und Regierungschefs der damals noch sechs EG-Mitgliedsländer in Paris. Sie wollten Möglichkeiten prüfen, um eine engere politische Zusammenarbeit zu organisieren. In einer EntschlieÙung vom 29. Juni 1961 begrüÙte das Europäische Parlament die Initiative der Regierungschefs und erinnerte jedoch gleichzeitig an seinen noch unerledigten Vertragsentwurf zur Direktwahl aus dem Jahre 1960.

Im gleichen Jahr kamen die Staats- und Regierungschefs nochmals in Bonn zusammen (18. Juli 1961) und beschlossen u.a. die einzelnen Punkte der EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni zu prüfen. Lange Zeit verging wieder - erst auf dem Gipfeltreffen im Mai 1967 bekräftigten die Regierungschefs ihren Willen, die Anstrengungen zu unternehmen, die für die Verwirklichung der in den Rom-Verträgen festgelegten Ziele erforderlich sind. Kurz darauf stellte das Europäische Parlament in einer erneuten EntschlieÙung (21. Juni 1967) fest, daß die europäische Einigung ohne die aktive Beteiligung der Völker nicht möglich sei. 1969 gab es weitere Aktivitäten des Parlaments, und auf der Gipfelkonferenz in Den Haag am 2. Dezember wurde der Ministerrat aufgefordert, die Frage der Direktwahl weiter zu untersuchen. Dann folgen die Jahre der Verhandlungen über die Erweiterung der Gemeinschaft auf Neun. Ab 1. Januar 1973 sind Dänemark, Irland und Großbritannien neue Mitglieder der Gemeinschaft. Im Dezember 1974 in Paris stellten die Staats- und Regierungschefs wiederum fest, daß das Vertragsziel von Rom der allgemeinen Wahl des Europäischen Parlaments so bald wie möglich verwirklicht werden sollte. Zum ersten Mal sprach man von einem Termin für die Wahl und nannte das Jahr 1978.

Das nächste Gipfeltreffen im Dezember 1975 in Rom bestätigte und konkretisierte den Termin für die erste Direktwahl für die Monate Mai/Juni 1978. Wiederum legte das Europäische Parlament einen neuen Abkommensentwurf vor. Bald darauf begannen harte Auseinandersetzungen über die neue Sitzzahl des Parlaments (zur Zeit gibt es 198 Europäische Abgeordnete, davon 36 aus der Bundesrepublik). Verschiedene Vorschläge mit gänzlich unterschiedlichen Zahlenangaben erschwerten eine Übereinstimmung. Auf der Gipfelkonferenz im Juli 1976 in Brüssel konnten sich die Regierungschefs deshalb nur auf einen Grundsatzbeschluß einigen. Die Verhandlungen wurden weitergeführt; es begann ein regelrechtes Zahlenpokern. Der 20. September 1976 brachte schließlich den erhofften Kompromiß. Der Ministerrat einigte sich auf die Zahl von 410 Abgeordneten (davon 81 aus der Bundesrepublik).

Wir wissen, daß die Europäischen Wahlen im Jahre 1978 noch lange nicht die Europäische Union bringen werden, wohl sind sie ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung der Gemeinschaft. Das muß der Bürger heute bereits erkennen; denn seine Teilnahme an der Europa-Wahl ist ein Votum, eine Entscheidung für Europa.

(-/5.8.1977/ks/ja)